

**Forschungs- und Tätigkeitsbericht
des Lorenz-von-Stein-Instituts
für den Zeitraum vom 30. 10. 2015 bis zum 10. 10. 2016
(zur Veröffentlichung gekürzt)**

I. Personal

Nachdem im letzten Berichtszeitraum ein großer personaler Umbruch und häufige Wechsel in der Geschäftsführung zu verzeichnen waren, ist seit Oktober 2015 durch die Übernahme der Geschäftsführung durch Herrn *Kuhlmann* wieder Kontinuität in die Leitung des Instituts zurückgekehrt. Dieser wird das Amt noch bis zum Ende seines zweijährigen Vertrages im September 2017 bekleiden und dann entweder ein Auslandsstudium oder sein Referendariat antreten. Dies gibt dem Vorstand genügend zeitlichen Vorlauf, einen passenden Nachfolger zu finden. Herr Dr. *Hoffmann* bekleidet ebenfalls noch bis zum September 2017 die Position des Drittmittelkoordinators für den Forschungsbereich „Staatliches Innovationsmanagement“. Ob diese Stelle, die durch Rücklagen des Institutshaushalts finanziert wird, verlängert werden kann, ist angesichts der Haushaltslage eher unklar.

Eine Anschlussfinanzierung der zwei bis zum 31. September 2016 befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen von Frau *Jöns* und Herrn *Gottberg* gelang nicht, da zwei langjährige und für das Institut sehr wichtige Drittmittelgeber für das Jahr 2016 komplett ausfielen. Dem Deutschen Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) wurden die Mittel durch die Deutsche Post AG zum allergrößten Teil gekürzt, sein Fortbestehen ist bislang unklar. Der ISPRAT e.V. musste sich einem Umstrukturierungsprozess unterziehen und mit dem Nationalen E-Government-Kompetenzzentrum fusionieren. Das daraus entstandene neue Nationale E-Government-Kompetenzzentrum befindet sich voraussichtlich bis Anfang nächsten Jahres noch in der Neuordnungsphase, so dass erst zu diesem Zeitpunkt wieder Projektanträge durch das Institut gestellt werden können. Im Falle einer Bewilligung ist aber dann auch erst wieder mit der Möglichkeit einer Neueinstellung eines oder mehrerer wissenschaftlicher Mitarbeiter zum Sommer 2017 zu rechnen.

Abgemildert wurde dieser Ausfall durch die Einwerbung eines Drittmittelprojekts bei der Vodafone Stiftung durch Prof. Dr. *Brüning*. Im Rahmen dessen konnte Frau *Uschi Babel* auf einer auf ein Jahr befristeten halben Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin gewonnen werden. Geplant ist, eine zweite Phase des Projekts bei der Robert Bosch Stiftung unterzubringen und so die Stelle um ein Jahr zu verlängern.

Zum Anfang nächsten Jahres plant Herr Prof. Dr. *Schliesky* zudem die Einwerbung eines Projekts zum Thema „Funktionsverluste von Staatlichkeit“ bei der Fritz Thyssen Stiftung, das zwei weitere halbe Stelle zunächst für ein Jahr einbringen soll.

Die weitgehende Kontinuität bei Geschäftsführung und wissenschaftlichem Personal und das Netzwerk des Instituts aus ehemaligen Mitarbeitern, die in bestimmten Fällen hinzugezogen werden können, ermöglichte es weiterhin, eine starke Konzentration auf die originären Institutsaufgaben, die Aktivitäten im Bereich der Drittmittelforschung sowie die gutachterliche Tätigkeit aufrecht zu erhalten. Dies wird insbesondere durch die Bereitschaft des durch Drittmittel finanzierten Personals bzw. freier Mitarbeiter, auch Institutsaufgaben sowie Projekte, die über die Honorarordnung des Instituts abgewickelt werden, zu übernehmen, ermöglicht.

Seit dem letzten Berichtszeitraum wurde die Betreuung sämtlicher Bibliotheksangelegenheiten durch die durch den damaligen Bibliothekar, Herrn *Lennart Giesse*, eingearbeiteten studentischen Hilfskräfte ausgeführt, was ausweislich der Bestätigung der Universitätsbibliotheksleiterin, Frau Dr. *Wischermann*, ohne Beanstandungsmöglichkeiten geschah. Trotzdem ist es angesichts des im nächsten Jahr vorzubereitenden Umzugs der Bibliothek des Lorenz-von-Stein-Instituts in den Juridicum-Neubau und zur Sicherstellung der Qualität der Bibliotheksbetreuung von großer Bedeutung, dass wieder eine entsprechend ausgebildete Bibliotheksfachkraft auf einer halben Stelle die Leitung der Bibliothek übernimmt. Der Nachbesetzungsprozess gestaltete sich schwierig, da Anfang 2016 bekannt wurde, dass die seitens der Universität gegenüber Herrn *Giesse* ausgesprochene Kündigung formell rechtswidrig war. Diese musste daher erneut erfolgen, so dass das Institut die Stelle erst zum 1.10.2016 ausschreiben konnte. Nach im September durchgeführten Vorstellungsgesprächen konnte mit Frau *Judith Frommer* schließlich eine Bibliothekarin gefunden werden, die sich fachlich und persönlich hervorragend in den Institutsbetrieb einbringen wird.

Die Betreuung der EDV erfolgt weiterhin über den Zukauf von Hiwi-Dienstleistungen aus dem Rechenzentrum in Gestalt einer 1/4-Stelle.

Im Berichtszeitraum verließen Frau *Johanna Jöns*, Herr *Lennart Giesse* und Herr *Friedrich Gottberg* das Institut. Herr *Gottberg* trat zum Oktober in den juristischen Vorbereitungsdienst ein und Frau *Jöns* wird dies zum März 2017 tun. Beide bleiben als freie wissenschaftliche Mitarbeiter dem Institut weiterhin eng verbunden. Herrn *Giesse* wurde aufgrund seiner Arbeitsunfähigkeit und seines durch seinen geistigen Zustand bedingten Fehlverhaltens gegenüber Institutsmitarbeitern ordentlich gekündigt.

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass die während der Zeit als Mitarbeiter im Institut erworbene Expertise in Themen der Verwaltungsmodernisierung bundesweit nachgefragt ist und das Institut daher im eigenen Interesse eine enge Bindung zu ehemaligen Mitarbeitern aufrechterhalten will. Herr Dr. *Schulz*, Herr Dr. *Tischer*, Frau *Jöns* und Herr

Gottberg haben im Berichtszeitraum in freier Mitarbeiterschaft auch an Drittmittelprojekten bzw. an Projekten, die über die Honorarordnung des Instituts abgewickelt werden, mitgewirkt.

Im Rahmen der von ISPRAT im Jahr 2015 bewilligten Projekte waren Frau *Jöns* mit einer 1/2-Stelle auf dem Projekt „Digitale Räume als Teil der Daseinsvorsorge“ und Herr *Gottberg* mit einer halben Stelle zunächst bis zum 31.12.2015 auf dem Projekt „Organisationskulturen zur effektiven und sicheren Nutzung kritischer Informationssysteme“ angestellt. Anschließend wechselte Herr *Gottberg* bis zum 31.9.2016 ebenfalls auf das Projekt „Digitale Räume als Teil der Daseinsvorsorge“.

Herr Dr. *Hoffmann* bekleidet die Stelle des Drittmittelkoordinators für den Forschungsbereich „Staatliches Innovationsmanagement“ noch bis zum 30.9.2017.

Zum 10.6.2016 wurde Frau *Uschi Babel* als wissenschaftliche Mitarbeiterin für eine auf ein Jahr angelegte halbe Stelle auf dem durch die Vodafone Stiftung finanzierten Projekt „Chancen und Voraussetzungen für ein Integrationsministerium auf Bundesebene“ angestellt.

Bei den Stellen der studentischen Hilfskräfte sind zwei Abgänge zu verzeichnen, einer davon aufgrund des Bestehens der Ersten Juristischen Prüfung. Dementsprechend gab es auch zwei Neuzugänge. Zum Februar 2017 muss aufgrund fehlender Sachmittel eine weitere studentische Hilfskraft das Institut verlassen. Eine Weiterbeschäftigung wäre allerdings auch deswegen fraglich gewesen, weil sich der Arbeitsaufwand entsprechend der gesunkenen Anzahl an Drittmittelprojekten und wissenschaftlichen Mitarbeitern ebenfalls verringert hat.

Im Berichtszeitraum waren die Stellen im Einzelnen wie folgt besetzt:

Vorstand

Prof. Dr. Christoph Brüning

Prof. Dr. Utz Schliesky (geschäftsführend seit dem 1.1.2015)

Prof. Dr. Dr. Ulrich Schmidt

Korrespondierende Mitglieder

Prof. Dr. Oliver Auge

Dr. Jost-Dietrich Busch

Prof. Dr. Hermann Hill

Prof. Dr. Martin Nolte

Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

Prof. Dr. Christian Seidl

Dr. Göttrik Wewer

Wissenschaftliche Mitarbeiter

...

Bibliothek

...

Sekretariat

...

Studentische Hilfskräfte

...

II. Finanzen

Aufgrund guter Verkaufszahlen des Eigenverlages, der erfolgreichen Einwerbung weiterer Drittmittel und Projekte sowie insbesondere der Abwicklung zahlreicher gutdotierter Gutachtenaufträge konnte im Jahre 2015 ein Haushaltsüberschuss in Höhe von ... € erwirtschaftet werden, der dem Institut im Haushaltsjahr 2016 zur Verfügung steht. Der Überschuss fällt um ca. ... € höher aus als im Vorjahr. Dies ist auf die weiterhin stetigen Einkünfte des Instituts durch über die Honorarordnung abgewickelte Gutachtenaufträge zurückzuführen.

...

III. Drittmittel

Nur aufgrund der erfolgreichen Einwerbung von Drittmittelprojekten für den Forschungsbereich »Staatliches Innovationsmanagement« ist es dem Institut möglich, nachhaltig seinen statusmäßigen Auftrag zu erfüllen. Diese Förderung ermöglicht nicht nur die Beschäftigung weiterer wissenschaftlicher Mitarbeiter – sie führt insbesondere auch dazu, dass das Institut sein (mittlerweile) bundesweites Netzwerk zu anderen Wissenschaftseinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen, gesellschaftlichen Initiativen und Verwaltungen ausbauen konnte.

Die an das Institut herangetragenen Projekte, Gutachtaufträge und Ähnliches erreichen mittlerweile ein Maß, welches kaum noch mit dem vorhandenen Personal und v. a. kaum noch in den derzeitigen organisatorischen Strukturen bewältigt werden kann. Die Einstellung weiteren Personals gestaltet sich jedoch aufgrund der Bewerberlage einerseits, andererseits aber auch der Abrechnungsmodalitäten von Gutachten und Studien (im Nachhinein) und der damit nicht bestehenden Möglichkeit, weitere Stellen zu schaffen, als schwierig.

Zum Teil können weitere Projekte dennoch verwirklicht werden, indem ehemalige Mitarbeiter auf Honorarbasis und die mit 1/2-Stelle beschäftigten Mitarbeiter darüber hinaus eingebunden werden. Auch der Einsatz von weiteren freien Mitarbeitern im Rahmen von Gutachten oder Beratungsprojekten, die auf Grundlage der Honorarordnung durchgeführt werden, hat sich zwar bewährt, erscheint aber nicht als probate Lösung auf Dauer.

Aufgrund der bereits unter I. dargestellten Probleme bei den bisherigen langjährigen Drittmittelpartnern des Instituts und der dadurch immer dünner werdenden Personaldecke bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Instituts ist es oberste Priorität des Vorstandes, neben der Wiedergewinnung alter Drittmittelgeber neue zu akquirieren, da sich dies ansonsten auch negativ auf die Möglichkeiten des Instituts bezüglich der Bearbeitung kleinerer oder größerer Gutachtaufträge auswirken könnte. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde die Einwerbung eines Projekts bei der Vodafone Stiftung durch Prof. Dr. *Brüning* getan.

1. Gesamtübersicht

Projekt	Laufzeit	Betrag
Forschungsbereich „Staatliches Innovationsmanagement“ (Prof. Schliesky)		
EU-DLR I	04/2007 – 12/2007	
EU-DLR II	08/2007 – 09/2008	
EU-DLR III	06/2008 – 09/2009	
E-Perso	10/2008 – 09/2009	
E-Perso II	10/2009 – 12/2010	
Datennotar	04/2009 – 09/2010	
Innovation	04/2009 – 09/2010	
E-Daseinsvorsorge	08/2010 – 07/2011	
Web 2.0	08/2010 – 07/2011	
E-Postbrief I (2011)	10/2010 – 12/2011	
E-Postbrief II (Aufstockung 2011)		
E-Postbrief (2012)	01/2012 – 12/2012 (verlängert bis 06/2013)	
Verwaltung 2.0	10/2011 – 09/2012 (verlängert bis 03/2013)	
Datenhoheit in der Cloud	10/2011 – 09/2012 (verlängert bis 12/2012)	
Wissensmanagement	09/2012 – 08/2013	
E-Postbrief (2013/2014)	07/2013 – 12/2014	
Grundgesetz 2.0	07/2013 – 06/2014	
Netzpolitik	10/2013 – 03/2014	
Vernetzte Sicherheit	07/2013 – 12/2013	
Mobile Government	07/2013 – 12/2013	
Grundgesetz 2.0 – II	07/2014 – 06/2015	
Daten als Handelsware	07/2014 – 06/2015	
Organisationskulturen u. effektive Nutzung krit. IT-Systeme...	09/2014 – 08/2015	
Digitale Räume als Teil der Daseinsvorsorge	07/2015 - 06/2016	
Organisationskulturen zur effektiven und sicheren Nutzung kritischer Informationssysteme	09/2015 - 08/2016	
Gesamt:		
Andere Forschungsbereiche		
Chancen und Voraussetzungen für ein Integrationsministerium auf Bundesebene (Prof. Brüning)	03/2016-03/2017	
<u>TOTAL:</u>		

2. E-Personalausweis (ISPRAT e. V.)

Nachdem die erste Projektphase des Projektes »Innovative Personalausweis-Anwendungen. Langfristige IT-Sicherheit sowie rechtliche Grenzen und Herausforderungen« mit der Veröffentlichung eines Kommentars zum neuen Personalausweisgesetz bereits Ende 2009 erfolgreich abgeschlossen werden konnte, soll in der zweiten Phase ebenfalls ein Kommentar – zum neuen De-Mail-Gesetz – entstehen. Da sich dessen Inkrafttreten jedoch hinausgezögert hat, konnten die Arbeiten an diesem Werk erst zeitverzögert aufgenommen werden. Ergänzend ist eine Kommentierung zum mittlerweile in Kraft getretenen E-Government-Gesetz des Bundes beabsichtigt. Die Projektlaufzeit wurde daher einvernehmlich verlängert. Derzeit stehen weiterhin Mittel in Höhe von ... € zur Verfügung, die zeitnah für Autorenhonorare zur Erstellung eines De-Mail- und E-Government-Gesetz Kommentars verausgabt werden sollen. Stichtag für die Einreichung der Manuskripte ist der 31.12.2014.

3. Der E-Postbrief in der öffentlichen Verwaltung (Deutsche Post AG)

Im Herbst 2010 konnte das Lorenz-von-Stein-Institut einen weiteren namhaften Partner für eine Drittmittelförderung gewinnen. Die Deutsche Post AG fördert seit dem 1. Januar 2011 ein Projekt zum »E-Postbrief in der öffentlichen Verwaltung«, das seither mehrfach aufgestockt wurde.

Zum 01.07.2013 wurde der bisher letzte Fördervertrag geschlossen. Die Laufzeit beträgt 1,5 Jahre und endet im Dezember 2014. Die Fördersumme beträgt ...

Ab Juli 2013 waren in dem Projekt Frau *Brackmann* und Herr *Janda* beschäftigt. Im Januar/Februar 2014 kurzzeitig auch Herr *Tischer*. Des Weiteren sind hinsichtlich einzelner Forschungsfelder und Aufsatzpublikationen Herr Dr. *Hoffmann*, Frau Dr. *Luch* und Frau *Borchers* in dieses Projekt eingebunden.

Neben drei Veröffentlichungen im institutseigenen Verlag gingen aus dem Projekt zahlreiche Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und diverse Vorträge hervor. Im aktuellen Berichtszeitraum wurden u. a. folgende Themenschwerpunkte bearbeitet: »Rechtsfragen des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs«, »Ansprüche auf Tätigwerden des Ordnungsgebers im Bereich der Schriftformäquivalente am Beispiel der Verordnungsermächtigung in § 3a Abs. 2 Satz 4 Nr. 4 VwVfG« sowie »§ 2 Abs. 2 EGovG (die für Bundesbehörden verpflichtende Eröffnung eines De-Mail-Zugangs) im Lichte von Technikoffenheit bzw. Wettbewerbsneutralität«. Weiterhin soll bis Ende des 1. Quartals 2015 eine Monografie zum Thema »Der E-Postbrief (und andere elektronische Dokumente) als Beweismittel« entstehen.

Die Fördervereinbarung läuft zum 31. Dezember 2014 aus. Aufgrund einer Änderung der Konzernpolitik hinsichtlich der Wissenschaftsförderung wird es keine Anschlussvereinbarung geben. Hinsichtlich der weiteren Verwendung bereits gewährter, zum Ablauf des Förderzeitraums aber noch nicht verausgabter Mittel hat die Deutsche Post AG als Zuwendungsgeberin ihre Zustimmung erklärt.

Die Fördervereinbarung wurde bis zum 31.3.2016 verlängert

4. Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet? / Netzpolitische Themen (DIVSI)

Seit Mitte 2013 fördert das Deutsche Institut für Sicherheit und Vertrauen im Internet (DIVSI) – eine gGmbH der Deutschen Post AG – ein Forschungsprojekt unter dem Titel »Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet?«. Das Projekt untersucht die Auswirkungen der Digitalisierung aller Lebensbereiche auf das Grundgesetz. Die Fördersumme betrug zunächst ... €, von der bei einer Laufzeit bis Ende Juni 2014 zwei 1/2-Mitarbeiterstellen finanziert werden sollten.

Im Herbst 2013 wurde mit dem DIVSI die Aufstockung der Mittel um einen Betrag von ... € vereinbart, um das Thema »Netzpolitische Themen und Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2013 sowie deren Spiegelung im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien« bearbeiten zu können. Diese primär politikwissenschaftliche Tätigkeit wurde von Herrn *Janda* und Herrn *Völz* übernommen. Das Teilprojekt hatte eine Laufzeit von einem halben Jahr (10/2013-03/2014).

Im Frühjahr 2014 wurde die Verlängerung des Projekts bei gleichzeitiger Aufstockung der Mittel vereinbart. Für den Zeitraum vom 1. Juli 2014 bis zum 30. Juni 2015 beträgt die Fördersumme weitere ... €. Kalkulationsansatz sind zwei 1/2-Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter sowie eine Pauschale für Autorenhonorare freier Mitarbeiter.

In dem Projekt war ab Juli 2013 Frau *Borchers* beschäftigt, die Ausschreibung einer weiteren 1/2-Stelle blieb zunächst erfolglos. Ab Januar 2014 hatte Herr Dr. *Hoffmann* die zweite 1/2-Stelle inne. Nach Aufstockung der Mittel durch das Teilprojekt »Netzpolitik« war auch die übergangsweise Beschäftigung von Herrn *Völz* im Rahmen einer 1/4-Stelle möglich. Seit Beginn des neuen Förderzeitraums sind in dem Projekt Herr *Kuhlmann* und Herr *Gottberg* auf jeweils einer 1/2-Stelle beschäftigt, Frau *Borchers* auf einer 1/4-Stelle. Weiterhin ist Frau Dr. *Luch* als freie Mitarbeiterin insbesondere mit Autorentätigkeiten in dem Projekt aktiv.

Als erstes Ergebnis ging aus dem Projekt eine Anfang 2014 im Nomos-Verlag erschienene Studie mit dem Titel »Schutzpflichten und Drittwirkung im Internet« hervor, die sich u. a. damit auseinandersetzt, inwiefern es möglich und sinnvoll ist, die grundrechtlichen Wirkungsdimensionen zum Schutz des Einzelnen im Rahmen internationaler Kommunikation und Interaktion fortzuentwickeln. Daraus entstanden verschiedene Aufsätze und kleinere Beiträge; außerdem wurden die Erkenntnisse auf mehreren Vorträgen präsentiert. Eine zweite Publikation im Nomos-Verlag, die sich der »digitalen Dimension der Grundrechte« widmet, befindet sich inzwischen im Druck. Im Teilprojekt »Netzpolitik« entstand im Berichtszeitraum eine weitere DIVSI-Schrift mit dem Titel »Netzpolitik in Deutschland«, die die Umwandlung netzpolitischer Themen aus den Wahlprogrammen über die Koalitionsverhandlungen bis hinein in die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin untersucht.

Die langfristige Fortführung des Projekts wird angestrebt. Für die aktuelle Laufzeit ist eine Monografie zum Einfluss der Digitalisierung auf die staatliche Willensbildung sowie die Entwicklung weiterer Forschungsfragen zum Einfluss des digitalen Zeitalters auf das Grundgesetz geplant.

5. Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen (ISPRAT e. V.) – abgeschlossen

Das ISPRAT-Projekt »Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen« widmete sich den Fragen rund um die Bedrohungen, die aus der zunehmenden IT-Abhängigkeit ganzer – kritischer – Infrastrukturbereiche resultieren. Das Projekt wurde in Kooperation mit Fraunhofer FOKUS, Berlin, und der Goethe-Universität Frankfurt durchgeführt. Die Projektlaufzeit betrug ein halbes Jahr (07/2013-12/2013), da das Projekt als sog. ISPRAT-Vorprojekt konzipiert war und der Entwicklung von Forschungsthemen/Projektideen für ISPRAT diente. Die Fördersumme betrug ... €.

Über dieses Projekt wurde vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2013 die 1/2-Stelle von Herrn *Tischer* finanziert.

Aus dem Projekt ging u. a. die im Frühjahr 2014 im institutseigenen Verlag erschienene Studie »IT und Internet als kritische Infrastruktur« (MSV Band 19) hervor. Aufgrund der positiven Resonanz auf die Studie gelang es dem Institut, gemeinsam mit der Goethe-Universität Frankfurt bei ISPRAT ein Folgeprojekt einzuwerben, das sich vertieft mit einem Teil der in der Publikation aufgeworfenen Aspekte befasst (dazu noch unten).

Es wurde veranlasst, dass der verbleibende Betrag in Höhe von ... € in das Projekt »Organisationskulturen und effektive Nutzung kritischer IT-Systeme in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland« überführt wird.

6. Daten als Handelsware (DIVSI) – abgeschlossen

Das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) konnte neben den bereits laufenden Projekten für die Finanzierung eines weiteren Forschungsvorhabens gewonnen werden, das den Titel »Daten als Handelsware – der rechtliche Schutz personenbezogener Daten vor einem Paradigmenwechsel?« trägt. Hintergrund des Projekts ist die Problematik, dass sich die Datenschützer weltweit – und vor allem auch nach deutschem Rechtsverständnis – schwer damit tun, personenbezogenen Daten einen eigentumsähnlichen Charakter zuzubilligen. Die Idee der informationellen *Selbstbestimmung* hat Grundrechtsrang – ein tragfähiges Modell informationeller *Selbstverwertung* wurde aber trotz der sich vor dem Hintergrund etwa von »Big Data« ändernden Lebenswirklichkeit nach wie vor nicht entwickelt. Im Zuge des Projekts ist die Veröffentlichung einer Monografie geplant. Die Fördersumme betrug ... €, die Laufzeit (beginnend ab dem 1. Juli 2014) 12 Monate.

Über das Projekt wurde vom 15. Juli 2014 bis zum 30.09.2015 die 1/2-Stelle von Frau *Jöns* finanziert.

7. Organisationskulturen und effektive Nutzung kritischer IT-Systeme in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland (ISPRAT e. V.) - abgeschlossen

Das vom ISPRAT e. V. geförderte Projekt »Organisationskulturen und effektive Nutzung kritischer IT-Systeme in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland« zielt auf eine deutschlandweite empirische Untersuchung der Rolle »organisationaler Achtsamkeit« zum Schutz kritischer IT-Infrastrukturen ab. Das Projekt wird gemeinsam mit der Goethe-Universität Frankfurt durchgeführt und schließt an das Vorprojekt »Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen« (siehe oben) an. Im Fokus stehen aus Sicht des Lorenz-von-Stein-Instituts die Identifikation (binnen-)rechtlicher Rahmenbedingungen, die sich begünstigend oder erschwerend auf den Schutz von IT-Infrastrukturen durch Achtsamkeit auswirken, und ggf. die (Fort-)Entwicklung geeigneter rechtlicher Instrumente. Die Laufzeit beträgt 12 Monate und die Fördersumme ... €. Projektbeginn war der 1. September 2014.

8. Digitale Räume als Teil der Daseinsvorsorge (ISPRAT e. V.)

Das vom ISPRAT e. V. geförderte Projekt »Digitale Räume als Teil der Daseinsvorsorge« beruht auf einem Vergleich der Räume der analogen mit denen der digitalen Welt. Ziel des Projekts ist es, Zuständigkeiten in digitalen Räumen zu untersuchen und ggf. neu zu ordnen. Das Projekt wird gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Offene

Kommunikationssysteme (FOKUS) durchgeführt. Die Laufzeit beträgt 12 Monate und die Fördersumme für das Institut ... €. Projektbeginn war der 1. Juli 2015.

9. Erfolgreiche Verwaltung 2016: Organisationskulturen zur effektiven und sicheren Nutzung kritischer Informationssysteme (ISPRAT e. V.)

Das vom ISPRAT e. V. geförderte Projekt „Erfolgreiche Verwaltung 2016: Organisationskulturen zur effektiven und sicheren Nutzung kritischer Informationssysteme“ hat exemplarische Einzelfalluntersuchungen zur organisationalen Einbindung von kritischen Informationssystemen in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland zum Gegenstand. Das Projekt wird gemeinsam mit der Goethe-Universität Frankfurt durchgeführt und schließt an das Vorprojekt » Organisationskulturen und effektive Nutzung kritischer IT-Systeme in öffentlichen Verwaltungen in Deutschland« (siehe oben) an. Im Fokus stehen aus Sicht des Lorenz-von-Stein-Instituts erneut die Identifikation (binnen-)rechtlicher Rahmenbedingungen, die sich begünstigend oder erschwerend auf den Schutz von IT-Infrastrukturen durch Achtsamkeit auswirken, und ggf. die (Fort-)Entwicklung geeigneter rechtlicher Instrumente. Die Laufzeit beträgt 12 Monate und die Fördersumme für das Institut ... €. Projektbeginn war der 1. September 2015.

10. Chancen und Voraussetzungen für ein Integrationsministerium auf Bundesebene (Vodafone Stiftung gGmbH)

Der Zustrom von Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten ist seit 2014 erheblich angestiegen. Dies stellt nicht nur für die Politik, sondern auch für die Verwaltung eine erhebliche Herausforderung dar. Die ankommenden Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigten müssen nicht nur kurzfristig untergebracht werden, sondern auch versorgt und ggf. integriert werden. Für die einzelnen Teilaufgaben der Migration und der Integration sind diverse Behörden auf den verschiedenen Ebenen des vertikal gewaltenteilten Staates – Bund, Länder und Kommunen – zuständig. Dies führt nicht nur zu Problemen im Rahmen der eigentlichen Zuständigkeitsabgrenzung, sondern auch im Bereich der Kommunikation und Kooperation der Behörden untereinander. Hinzu kommt ein erheblicher Kostenaufwand.

Gefördert von der Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH erstellt das Institut eine Studie zu den Zuständigkeiten im Bereich der Migration sowie Integration und identifiziert einen eventuellen Handlungsbedarf. Darauf aufbauend wird untersucht, welche organisatorischen Optionen auf der Grundlage des geltenden Rechts für eine Verwaltungsvereinfachung und -effektuierung auf Bundesebene bestehen und ob ggf. Rechtsänderungen angezeigt erscheinen. Die Laufzeit beträgt ca. 13 Monate und die Fördersumme für das Institut ... €. Projektbeginn war der 21. März 2016.

Weitere, detaillierte Informationen zu den Drittmittelprojekten finden Sie unter www.lorenz-von-stein-institut.de

IV. Gutachten auf Grundlage der Honorarordnung des Instituts

Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Gutachtaufträge, Vorträge o. ä. nach den Vorgaben der vom Verwaltungsrat am 17. 07. 2008 beschlossenen Regelung zum Umgang mit entgeltlichen Aufträgen von dritter Seite und der Mitwirkung an sonstigen entgeltlichen Aufträgen oder Veranstaltungen im Sinne des § 4 Abs. 7 des Statuts des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften abgewickelt.

Hierzu wurden bisher insgesamt **104 Honorarvereinbarungen** zwischen Institut und den beauftragten Mitarbeitern geschlossen. Die vereinbarten Honorare wurden vom Institut vereinnahmt und anschließend gekürzt an die Beteiligten ausgezahlt.

...

Die seit Anfang des Jahres 2013 bestehende Rahmenvereinbarung für rechtswissenschaftliche Beratungs- und Gutachtertätigkeiten zwischen dem Lorenz-von-Stein-Institut und der ÖPP Deutschland AG bildet weiterhin die Grundlage für eine verstetigte, intensive Zusammenarbeit. So wurden im Berichtszeitraum sieben gemeinsame Projekte zu verschiedenen Themen durchgeführt. Die Anzahl der über die Honorarordnung des Instituts abgewickelten Gutachtaufträge wird sich durch die bewährte Zusammenarbeit mit der ÖPP Deutschland AG im kommenden Jahr voraussichtlich zumindest in vergleichbarem Ausmaß bewegen.

V. Sitzungen der Gremien des Instituts

Im Berichtszeitraum tagte der Vorstand des Lorenz-von-Stein-Instituts zweimal: 03.03.2016, und 1.6.2016

Die 10. Sitzung des Verwaltungsrats fand am 2.12.2015 statt.

VI. Veranstaltungen des Instituts

Auch im aktuellen Berichtszeitraum wurden – wie in der Vergangenheit – Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, regelmäßig in Kooperation mit der Lorenz von Stein-Gesellschaft oder anderen Akteuren, durchgeführt.

Im Berichtszeitraum fanden folgende Veranstaltungen statt:

- **17.11.2015: Festakt zum 200. Geburtstag Lorenz von Steins**

Mit einem Festakt anlässlich des 200. Geburtstages Lorenz von Steins veranstaltete die Lorenz von Stein-Gesellschaft zusammen mit dem Lorenz-von-Stein-Institut für

Verwaltungswissenschaften einen Festakt im Landeshaus. Neben über einhundert Gästen steuerten unter anderem Chef der Staatskanzlei *Thomas Losse-Müller*, Präsident der CAU Kiel Prof. Dr. *Lutz Kipp* und Präsident des Landtages *Klaus Schlie* Grußworte bei. Den Festvortrag des Abends mit dem Titel „Lorenz von Stein – Visionär und Realist des 19. Jahrhunderts“ hielt Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. *Michael Stolleis*, der das wissenschaftliche Werk Lorenz von Steins und dessen Rezeption durchaus auch kritisch betrachtete. Das musikalische Rahmenprogramm lieferte das Sophienquartett Kiel.

Die Redebeiträge werden in der Quellenreihe des Instituts veröffentlicht.

▪ **10.06.2016: 20. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht**

Das Lorenz-von-Stein-Institut lud wie auch in den vergangenen Jahren als Mitveranstalter zum 20. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht ein. Am 10. Juni 2016 wurden in den Räumen des OVG Schleswig Fragen zu den Themengebieten Asyl - Flüchtlinge - Zuwanderung diskutiert. Vorträge hielten u. a. RiVG *David Gesche* und Dr. *Johannes Badenhop*, Kanzlei Brock Müller Ziegenbein., sowie Prof. Dr. *Kerstin Odendahl*. Aus dem Lorenz-von-Stein-Institut moderierte Prof. Dr. *Christoph Brüning* durch den Vormittag. Ein Tagungsbericht dazu wird in der NordÖR erscheinen.

VII. Veröffentlichungen im institutseigenen Verlag

Im institutseigenen Verlag erschienen im Berichtszeitraum wieder mehrere neue Werke. Hervorzuheben ist neben der Entwicklung der Reihe »Schriften zur Modernisierung von Staat und Verwaltung«, seit deren Begründung im Jahre 2008 22 Werke veröffentlicht wurden, weiterhin die Reihe »Quellen der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte« Im letzten Berichtszeitraum konnte schließlich die 6. Auflage der am Institut verlegten Landesrechtssammlung von *Bernd Hoefler* auf den Markt gebracht werden, die seitdem hohen Absatz fand.

▪ **Quellen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte**

- Q 36** Göttrik Wewer
Die Lobby des Guten – Interesse und Gemeinwohl im digitalen Zeitalter
- Q 37** Utz Schliesky
Die Waterloo-Rede von Friedrich Christoph Dahlmann am 7. Juli 1815

▪ **Schriften zur Modernisierung von Staat und Verwaltung**

- MSV 21** Göttrik Wewer
Alle teilen alles mit allen? Gratis-Kulturen und Plattform-Ökonomie
- MSV 22** Borchers/Gottberg/Hoffmann
Elektronische Dokumente als Beweismittel

▪ **Landesrecht Schleswig-Holstein**

GLSH 1.6 Bernd Hofer
Gesetze des Landes Schleswig-Holstein – Textsammlung (6. Auflage 2016)

VIII. Veröffentlichungen

Im Berichtszeitraum veröffentlichten Vorstand, aktive und freie Mitarbeiter sowie korrespondierende Mitglieder des Instituts nicht nur im institutseigenen Verlag, sondern auch zu den Themen der Drittmittelprojekte und weiteren Aspekten der Verwaltungsmodernisierung in zahlreichen anderen Publikationsmedien.

■ Prof. Dr. Christoph Brüning (Auswahl)

- Geringschätzung der Wissenschaft und die besoldungsrechtlichen Folgen, Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) 2015, S. 247 ff.
- Straßenausbaufinanzierung durch einmalige oder wiederkehrende Beiträge?, Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) 2015, S. 1413 ff.
- Die Kostentragungspflicht des Veranstalters für Polizeieinsätze bei Profifussballspielen, Verwaltungsarchiv 106 (2015), S. 417 ff.
- Zur Anschlussfähigkeit der Kontrollmaßstäbe für Wasserpreise, InfrastrukturRecht (IR) 2015, S. 175 ff.
- Rechtsformen und Trägerschaften interkommunaler Museumsdepots (gemeinsam mit Emir Hadziefendic und Florian Kuhlmann), in: Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Hrsg.), Materialien aus dem LWL-Museumsamt für Westfalen, Band 10, Münster 2015, S. 11 ff.
- Öffentliche Unternehmen im Wettbewerbs- und Vergaberecht, in: Schulte, Martin/Kloos, Joachim (Hrsg.), Handbuch Öffentliches Wirtschaftsrecht, Verlag C.H. Beck München 2016, S. 165 ff.
- Zur Auslegung des Begriffs "rationelle Betriebsführung" in Anlehnung an das Kommunalabgabenrecht – dargestellt für den Bereich der Wasserversorgung, Zeitschrift für Wasserrecht (ZfW), 55 (2016), S. 1 ff.
- Wohin mit Petitionen? - Anmerkungen zum Entwurf eines Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die bremische Bürgerschaft, (gemeinsam mit Mareike Modest), Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland (NordÖR), 2016, S. 89 ff.
- Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten bei Friedhofssatzungen, Wirtschaft und Verwaltung (WiVerw), 2016, S. 37 ff.
- Aktuelle Entwicklungen zur wasserwirtschaftlichen Konzession, in: Kment, Martin (Hrsg.), Konzessionen im Umwelt- und Infrastrukturrecht, 2016, S. 99 ff.

■ Prof. Dr. Utz Schliesky (Auswahl)

- Lorenz von Stein – Leben und Werk, in: JZ 2015, 1121 ff.
- Parlamentsfunktionen, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Handbuch des Parlamentsrechts, Baden-Baden 2016, § 5.
- Zukünftige Weiterentwicklung des Parlamentarismus, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Handbuch des Parlamentsrechts, Baden-Baden 2016, § 51.
- Ist der digitale Staat ein besserer Staat?, in: Fehling/Schliesky (Hrsg.), Neue Macht- und Verantwortungsstrukturen in der digitalen Welt, 2016, S. 97 ff.
- Die Reform der Landesverfassung, in: Schleswig-Holsteinische Anzeigen 2015, S. 378 ff.
- Die Reform der Landesverfassung, in: Die Gemeinde Schleswig-Holstein 2015, S. 244 ff.
- Organisationsbezogene Kompetenzen der Vertretungskörperschaft in der Kommunalverwaltung – dargestellt am Verhältnis zwischen Kreistag und Landrat nach der schleswig-holsteinischen Kreisordnung, in: NordÖR 2015, 461 ff.
- „Es wird eine landständische Verfassung stattfinden.“ – Die staatsrechtliche Lage Schlesiens und Holsteins bei Dahlmanns Waterloo-Rede, in: Schleswig-Holsteinische Anzeigen 2015, S. 417 ff.
- Schliesky u.a., Demokratie im digitalen Zeitalter, Baden-Baden 2016.
- Staatliches Innovationsmanagement – Ein instrumenteller Ansatz zum Umgang mit Unsicherheit und Nichtwissen, in: Hill/Schliesky (Hrsg.), Management von Unsicherheit und Nichtwissen, Baden-Baden 2016, S. 9 ff.
- Das Ende des Staates? Zwischen „Staatsversagen“ und Staatseuphorie, Kiel 2016 (im Erscheinen)
- Wirtschaftlichkeit – Organisationsprinzip der öffentlichen Verwaltung, Akademie 2015, 99 ff.; Akademie 2016, 3 ff.
- Kommentierung des Art. 74 Abs. 1 Nr. 15 GG, in: Dolzer/Kahl/Waldhoff/Graßhof (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, 179. Aktualisierung, Juni 2016

■ Prof. Dr. Ulrich Schmidt (Auswahl)

- Gender Differences in Stereotypes of Risk Preferences: Experimental Evidence from a Matrilineal and a Patrilineal Society, forthcoming in: Management Science (with A. Pondorfer and T. Barsbai).

- Gender Differences in Ambiguity Aversion under Different Outcome Correlation Structures, forthcoming in: Theory and Decision (with A. Friedl and P. Ring).
 - Overconfidence, Incentives and Prenatal Testosterone Exposure, in: Scientific Reports 6 (2016), article number 23294 (with L. Neyse, S. Bosworth and P. Ring).
 - Testing Independence Conditions in the Presence of Errors and Splitting Effects, forthcoming in: Journal of Risk and Uncertainty (with M. Birnbaum and M. Schneider).
 - Insurance Demand under Prospect Theory: A Graphical Analysis, in: Journal of Risk and Insurance 83 (2016), 77-89.
 - Validity of Willingness to Pay Measures under Preference Uncertainty, in: PLOS ONE 11(4) (2016), e0154078 (with C. Braun and K. Rehdanz).
 - Overconfidence and Bubbles in Experimental Asset Markets, forthcoming in: Journal of Behavioral Finance (with J. Michailova).
 - The Gambler's Fallacy in Penalty Shootouts, in: Current Biology 25 (2015), R597-R598 (with S. Braun).
 - The Impact of Learning by Thought on Violations of Independence and Coalescing, in: Decision Analysis 12 (2015), 144-152 (with M. Birnbaum).
 - Exploring Public Perceptions of Stratospheric Sulfate Injection, in: Climatic Change 130 (2015), 299-312 (with C. Merk, C. Kniebes, G. Pönitzsch, and K. Rehdanz).
 - Paradoxes and Mechanisms for Choice under Risk, in: Experimental Economics 18 (2015), 2015-250 (with J. Cox and V. Sadiraj).
- **Dr. Sönke E. Schulz (Auswahl)**
- Demokratie im digitalen Zeitalter, Baden-Baden 2016 i.E. (mit Utz Schliesky, Florian Kuhlmann und Friedrich Gottberg)
 - § 46, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Handbuch Parlamentsrecht, Baden-Baden 2016
 - Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Infrastrukturmodells Lorenz von Steins für aktuelle Herausforderungen, BayVBl. 2016, 653-659
 - Rezension zu "Richter (Hrsg.), Privatheit, Öffentlichkeit und demokratische Willensbildung in Zeiten von Big Data, 2014, erschienen auf: Bayerischer Rechts- und Verwaltungsreport (BayRVR), 18.2.2016, (Net-Dokument BayRVR201602180)
 - mit Claus Wechselmann, Expertise von außen nutzen - Können Kooperationen dem Thema E-Government neues Leben einhauchen?, in: Demo - das sozialdemokratische Magazin für Kommunalpolitik, 03-04/2016, S. 24
 - mit Christian Hoffmann, Facebook-Fanseiten deutscher Unternehmen - Verlängerung vor dem EuGH, Blogbeitrag auf www.juwiss.de.
 - mit Hege Ingwersen-Stück u.a., Formulare für Referendare, Baden-Baden, 2. Aufl. 2016
 - Rezension zu: Stefan Koslowski (Hrsg.), Lorenz von Stein und der Sozialstaat, 2014, in: BayVBl 2016, S. 502 f.
 - mit Christian Hoffmann, Schleswig-Holsteins digitale Verfassung - Digitale Basisdienste, elektronischer Zugang zu Behörden und Gerichten und digitale Privatsphäre in der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung, in: NordÖR 2016, 389-396
- **Dr. Christian Hoffmann**
- Elektronische Dokumente als Beweismittel, Kiel 2016 (mit Friedrich Gottberg und Kim Borchers)
 - Schleswig-Holsteins digitale Verfassung – Digitale Basisdienste, elektronischer Zugang zu Behörden und Gerichten und digitale Privatsphäre in der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung, NordÖR 2016, 389-396 (mit Sönke Schulz)
 - mit Sönke E. Schulz, Facebook-Fanseiten deutscher Unternehmen - Verlängerung vor dem EuGH, Blogbeitrag auf www.juwiss.de.
- **Johanna Jöns**
- Daten als Handelsware, Hamburg 2016
 - Reformbedarf beim Datenschutzrecht, DIVSI Magazin 4/2015, 25-26
- **Friedrich Gottberg**
- Demokratie im digitalen Zeitalter, Baden-Baden 2016 i.E. (mit Utz Schliesky, Sönke Schulz und Florian Kuhlmann)
 - Elektronische Dokumente als Beweismittel, Kiel 2016 (mit Christian Hoffmann und Kim Borchers)
 - Kommentar zum Gesetz über das Halten von Hunden (HundeG) in Schleswig-Holstein, Wiesbaden 2016 (mit Anika Luch und Luise Gottberg)
- **Florian Kuhlmann**
- Demokratie im digitalen Zeitalter, Baden-Baden 2016 i.E. (mit Utz Schliesky, Sönke Schulz und Friedrich Gottberg)
 - Rechtsgutachten: Rechtsformen und Trägerschaften interkommunaler Museumsdepots, in: Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Hrsg.), Materialien aus dem LWL-Museumsamt für Westfalen, Band 10, Münster 2015, S. 11-80 (mit Christoph Brüning und Emir Hadziefendic)
- **Dr. Anika D. Luch**
- Kommentar zum Gesetz über das Halten von Hunden (HundeG) in Schleswig-Holstein, Wiesbaden 2016 (mit Friedrich Gottberg und Luise Gottberg)

- §§ 10,33, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Handbuch Parlamentsrecht, Baden-Baden 2016
- **Prof. Dr. Christian Seidl**
 - Preface der chinesischen Ausgabe von Richard Swedberg (Hrsg.)(1991), Joseph A. Schumpeter: The Economics and Sociology of Capitalism, Princeton NJ: Princeton University Press. - 2017 (herauskommend).
 - Das ökonomische Gleichgewicht: Irrlicht – Chimäre – Realität?, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Band 42/4 (2016), S. 443-463.
 - Bemerkungen zum Gleichheits- und Bestimmtheitsgebot von Geldstrafen: Eine kritische Analyse, in: Rechtswissenschaft, Bd. 7 (2016); S. 211-269.
- **Dr. Göttrik Wewer**
 - Machen Transparenzgesetze Gesetzgebung transparent?, KritV 2015, 462 ff.
 - Darf der Staat Facebook und Twitter nutzen?, ZRP 2016, 23 ff.

IX. Vorträge

Durch die Teilnahme der Mitarbeiter des Instituts und korrespondierender Mitglieder an Veranstaltungen zum Thema »Verwaltungsmodernisierung«, schwerpunktmäßig zu den Themen der Drittmittelprojekte, im gesamten Bundesgebiet sowie der beratenden und unterstützenden Mitarbeit in verschiedenen Gremien (z. B. AG 3 des IT-Gipfels, JuristInnen Netzwerk E-Government) konnte der Bekanntheitsgrad des Instituts und seiner Arbeit weiter gesteigert werden. Die Kontakte werden genutzt, um das interdisziplinäre Netzwerk des Instituts auszubauen und neue Kooperationen zu begründen.

- **Prof. Dr. Christoph Brüning (Auswahl)**
 - Arbeitskreis Datenmanagement in der Umwelt- und Abfallwirtschaft (akdmaw), 20. Fachtagung, „Anreiz- und Lenkungswirkung von Abfallgebühren“, 19./20. Januar 2016 in Münster
 - Institut für Öffentliches Wirtschaftsrecht der CAU zu Kiel und Bundesverband der Preisprüfer und Wirtschaftssachverständigen e.V., Symposium „Relevanz und Perspektiven des Öffentlichen Preisrechts“, „Preisrecht als Basisregel für ‚gerechte‘ Preise“, 25. Februar 2016 in Kiel
 - Studieninstitut für kommunale Verwaltung Westfalen-Lippe, Seminar „Kommunen unter Aufsicht“, 03. März 2016 in Münster
 - Institut für Deutsches und Europäisches Wasserwirtschaftsrecht, Trierer Wasserwirtschaftsrechtstag 2016, „Das Wasserrecht im Informationszeitalter“, „Schutz digitaler Infrastrukturen in der Daseinsvorsorge“, 19. April 2016 in Trier
 - vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Vergaberechtsforum Nord, „Die ubiquitäre Zuverlässigkeitsprüfung“, 06./07. Juni 2016 in Hamburg
 - vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Seminar, Kommunale Gebührentage 2016, 20./21. Juni 2016 in Dortmund
 - RIF Institut für Forschung und Transfer e. V., Anwendertreffen Öffentliches Preisrecht, „Der Preisprüfungsbericht - Rechtsnatur, Wirkungen, Rechtsschutz“, 23./24. Juni 2016 in Frankfurt am Main
 - Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag, 5. Forum der kommunalen Wirtschaft, „Die Reform der Konzessionsvergabe im EnWG: Was wird neu für Gemeinden und Netzbetreiber?“, 12. Juli 2016 in Kiel
- **Prof. Dr. Utz Schliesky (Auswahl)**
 - Die staatsrechtliche Lage bei der Integration des Herzogtums Lauenburg in die preußische Provinz Schleswig-Holstein, Vortrag auf dem Symposium „150 Jahre Herzogtum Lauenburg und Preußen“ der Stiftung Herzogtum Lauenburg am 24. September 2015 im Stadthauptmannshof in Mölln
 - Eine Verfassung für den digitalen Staat?, Vortrag in der Hermann-Ehlers-Akademie am 6. Oktober 2015 in Kiel
 - Digitalisierung: Chance für Verwaltungsmodernisierung und Gefahr für den Verfassungsstaat?, Vortrag auf dem 8. Treffen der Jungen Norddeutschen Landesverwaltungen „Die moderne Verwaltung“ am 9. Oktober 2015 im Plenarsaal des Schleswig-Holsteinischen Landtages in Kiel
 - Die Bedeutung des Werks Lorenz von Steins, Vortrag auf der Festveranstaltung anlässlich des 200. Geburtstags Lorenz von Steins und der Enthüllung einer Bronzestatue am 12. November 2015 im Rathaus der Stadt Eckernförde
 - Das Ende des Staates? Zwischen „Staatsversagen“ und Staatseuphorie, Vortrag in der Hermann-Ehlers-Akademie am 27. September 2016 in Kiel
 - Die Zukunft der öffentlichen Verwaltung – zwischen Tradition und digitaler Zukunft, Vortrag auf dem Hochschultag der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistungen des Landes Schleswig-Holstein am 28. September 2016 in Altenholz

- Verwaltungsebenen auf dem Prüfstand?, Vortrag auf der Klausurtagung der Leitenden Verwaltungsbeamten des Kreises Herzogtum Lauenburg am 12. Oktober 2016 in Kiel
 - Von der E-Administration zum E-Government – Demokratisches Regieren in Zeiten der Digitalisierung, Vortrag im Rahmen des Festkolloquiums aus Anlass des 80. Geburtstags von Hans Peter Bull am 28. Oktober 2016 in Hamburg
- **Dr. Christian Hoffmann**
 - 24.4.2016: Seminar „Rechtliche Grundlagen im Rahmen der elektronischen Kommunikation (E-Government)“ – KOMMA – Kompetenzzentrum für Verwaltungsmanagement, Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung, Altenholz
- **Prof. Dr. Christian Seidl**
 - 18. Oktober 2016: Wo ist das deutsche Gold? Dichtung und Wahrheit, Vortrag vor der Sektion Hanerau-Hademarschen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, Hanerau-Hademarschen.
 - 28. Juni 2016: Are Monetary Fines in Germany Equitable and Determinate? A Critical Analysis, 16th Conference Foundations of Utility and Risk (FUR), Warwick, Vereinigtes Königreich.
 - 20. Mai 2016: Bemerkungen zum Gleichheits- und Bestimmtheitsgebot von Geldstrafen: Eine kritische Analyse, Tagung des Finanzwissenschaftlichen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik in Dresden.
 - 16. April 2016: Das ökonomische Gleichgewicht: Irrlicht – Chimäre – Realität? Seminar zu Finanzwissenschaft und Sozialpolitik: Aktuelle wirtschaftspolitische Probleme, Universität Kiel.
 - 14. Januar 2016: Wo ist das Deutsche Gold? Dichtung und Wahrheit, Vortrag vor der Sektion Niebüll der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, Niebüll
 - 13. Januar 2016: Wo ist das Deutsche Gold? Dichtung und Wahrheit, Vortrag vor der Sektion Neumünster der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, Neumünster
 - 8. Dezember 2015: Das ökonomische Gleichgewicht: Irrlicht – Chimäre – Realität? Vortrag vor der Hayek-Gesellschaft, Kiel.

X. Fortbildungsveranstaltungen

Prof. Dr. *Christoph Brüning*, Dr. *Christian Hoffmann* und Dr. *Sönke E. Schulz* haben einen Fernlehrgang für Nichtjuristen zum Thema »Vergaberecht« konzipiert, der vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. angeboten wird, zwölf Lektionen umfasst und im aktuellen Berichtszeitraum in überarbeiteter Form weiterläuft.

XI. Lehrveranstaltungen

Prof. Dr. *Christoph Brüning* ist Koordinator des universitären Schwerpunktbereichs 3 (Staat und Verwaltung). Er bietet zahlreiche Lehrveranstaltungen und Seminare zu diesen Themen an, so u. a. die Vorlesungen zum Staatsrecht, Kommunalrecht, Umweltrecht, Wirtschaftsverwaltungsrecht sowie zum Privatisierungs- und Vergaberecht. Hinzu kommt ein regelmäßig abgehaltenes Seminar zu aktuellen Fragen von Staat und Verwaltung. Gemeinsam mit Prof. Dr. *Florian Becker* ist er Ausrichter des Kolloquiums »Olshausener Runde«, die in der Vorlesungszeit alle zwei Wochen ausgerichtet wird und sich mit öffentlich-rechtlichen Themen befasst.

Prof. Dr. *Utz Schliesky*, Geschäftsführender Vorstand, bot im Wintersemester 2015/2016 die Vorlesung »Verwaltungslehre« und im Sommersemester 2016 die Vorlesung »Privatisierungs- und Vergaberecht« an. Im Wintersemester 2016/2017 hält er erneut die Vorlesung zur Verwaltungslehre.

Prof. Dr. Dr. *Ulrich Schmidt* ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft, Sozialpolitik und Gesundheitsökonomik und einer Forschungsprofessur am Institut für Weltwirtschaft. Er bietet regelmäßig Vorlesungen zu den Themengebieten Finanzwissenschaft, Sozialpolitik und Entscheidungstheorie sowie Seminare zu aktuellen Themen an. Zudem ist er Mitorganisator des Verhaltensökonomischen Seminars am Institut für Weltwirtschaft.

Dr. *Sönke E. Schulz* hielt im Vorlesung »Verwaltungsverfahren- und Verwaltungsprozessrecht« und wird im Wintersemester 2016/2017 wieder die Große Übung im Öffentlichen Recht für Fortgeschrittene stellen.

Prof. Dr. *Christian Seidl* hält in jedem Semester ein Seminar für Masterstudierende »Economic Systems: Beyond Mainstream Economics« und ein Seminar für Bachelorstudierende »Seminar aus Finanzwissenschaft und Sozialpolitik: Aktuelle wirtschaftspolitische Probleme«.

XII. Stellungnahmen

Im Berichtszeitraum wurde das Lorenz-von-Stein-Institut insbesondere vom Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu Gesetzesentwürfen angehört. Das Institut kam dieser Bitte nach, die Stellungnahme ist als Umdruck des Landtages der Öffentlichkeit zugänglich:

- Stellungnahme zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften**, LT-Drs. 18/3537, veröffentlicht als Umdruck 18/5562 des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Bearbeiter: Prof. Dr. *Brüning*)
- Stellungnahme zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften**, LT-Drs. 18/3500, veröffentlicht als Umdruck 18/5559 (Bearbeiter: Prof. Dr. *Schliesky*)
- Stellungnahme zum **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Kommunalwirtschaft**, LT-Drs. 18/3152, veröffentlicht als Umdruck 18/5382 (Bearbeiter: Prof. Dr. *Brüning*)
- Stellungnahme zum Entwurf **eines Gesetzes zur Änderung des Informationszugangsgesetzes**, LT-Drs. 18/4409, mit Änderungsantrag, LT-Drs. 18/4465 (Bearbeiter: Prof. Dr. *Schliesky*)

Darüber hinaus erarbeitete das Lorenz-von-Stein-Institut im Berichtszeitraum eine Stellungnahme für die schleswig-holsteinische Staatskanzlei:

- 26.05.2016: Stellungnahme zum **Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der elektronischen Verwaltung** (Bearbeiter: Prof. Dr. *Schliesky*)

Des Weiteren bearbeitete Prof. *Schliesky* mehrere Anfragen des Deutschen Bundestages:

- Stellungnahme zum **Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (hier: Ausschussöffentlichkeit)**, BT-Drs. 18/3045 und BT-Drs. 18/8683, Protokoll der 17. Sitzung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom 22.4.2015
- Stellungnahme zum **Antrag „Transparenz herstellen – Einführung eines verbindlichen Lobbyistenregisters“**, BT-Drs. 18/3842, und **„Transparenz schaffen – Verbindliches Register für Lobbyistinnen und Lobbyisten einführen“**, BT-Drs. 3920, veröffentlicht als Ausschussdrucksache 18 - G - 20 vom 3. Mai 2016 sowie Protokoll der 30. Sitzung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom 11. Mai 2016.
- Schriftliche Stellungnahme zum **Recht auf Immunität** für den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie mündlicher Vortrag auf der dazu organisierten Klausurtagung

**Zur Vermeidung von Wiederholungen wird im Übrigen auf die Informationen
auf der Homepage des Instituts verwiesen.**

www.lorenz-von-stein-institut.de